

Der Richtungsstreit geht weiter

Bericht und Analyse

vom Bundeskongreß der Grünen in Hamburg

Von der Bundesdelegiertenversammlung in Hamburg hatten sich die Grünen mehr Klarheit über ihren künftigen Kurs versprochen. Es ging im Kern um die Frage, ob die grüne Bewegung, deren parlamentarischer Arm in den Sog der politischen Normalität zu geraten droht, gegebenenfalls auch den Schritt in die Regierungsverantwortung wagen darf, oder ob sie auch in den Parlamenten in unabdingbarer Verweigerung verharren soll.

Der Richtungsstreit wurde — und wird auch weiter zwischen den radikalen „Fundamentalisten“ und den anpassungswilligen „Reformisten“ ausgetragen. Diese Auseinandersetzung beherrschte den Parteitag vollkommen; sie endete vorläufig mit einem Kompromiß, der die Zusammenarbeit mit der SPD (nur um die SPD ging es natürlich) weder ausschließt noch nahelegt. Insoweit können sich die „Pragmatiker“ aus der Bundestagsfraktion zugute halten, daß sie mit teilweise eindrucksvollem rhetorischen Einsatz, mit taktischem Geschick und Stehvermögen einen Erfolg der „Fundamentalisten“ auf der ganzen Linie verhindert haben. Die Unberechenbarkeit der Grünen wird allerdings auch daran deutlich, daß sich bei den Vorstandswahlen die „Fundamentalisten“ durchsetzen konnten.

Inhaltliche Akzente hat der Parteitag nicht gesetzt, weil die Sachanträge aus Zeitmangel nicht mehr behandelt und auf den nächsten Parteitag verschoben wurden.

Rechenschaftsberichte

Die Grundwidersprüche zwischen den beiden Parteiflügeln sind so alt wie der Bundesverband der Grünen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Rechenschaftsberichte von Parteivorstand und Bundestagsfraktion die Kernpunkte der alles beherrschenden Strategiedebatte vorgezeichnet und den innerparteilichen Frontverlauf überschaubar gemacht haben.

Bericht des Parteivorstandes

Den knappgefaßten Berichtsteil „Einsatz für Ökologie und Menschenrechte“ hatte Wilhelm Knabe, einer der drei Sprecher im Bundesvorstand, übernommen. Knabe sprägte nicht mit deutlicher Selbstkritik: Neben organisatorischen und personellen Un-

zulänglichkeiten rügte er vor allem „Rechthaberei und übergroße Härte mit Andersdenkenden“, „Sektierertum und Machterhalt“. Mit Blick auf die Fraktion forderte er: „Die Partei darf nicht zum Kretin verkümmern.“

Den eigentlichen politischen Bericht des Vorstandes trug Rainer Trampert vor. Er zeichnete den Standort der Grünen, ihre Strategie im Parteispektrum, vor allem ihr Verhältnis zur SPD unmißverständlich vor: In seinen Augen sind die Grünen die „eigentliche Opposition“; dies liege — neben der wirksamen Rolle der Bundestagsgruppe — natürlich auch an der SPD, „die in parlamentarischer Opposition nicht mehr als eine modifizierte Natostrategie wünscht, die eine Wachstums- und Rationalisierungsoffensive für die westdeutsche Industrie will, die deshalb im Grundsatz den Rüstungshaushalt, die Atom-, Gen-, Neue-Medien- und Verkabelungspolitik unterstützt und die mit ihrem industriellen Draufsatteln und ihrem Bekenntnis zur Eroberung von Märkten Hungerkatastrophen in der Dritten Welt billigend in Kauf nimmt. Mit anderen Worten: Die SPD ist gegenüber der reaktionären Regierungspolitik keine gesellschaftspolitische Opposition oder Alternative . . .“

Über eine neomarxistische Betrachtung von Staat und Gesellschaft kommt Trampert zur grundsätzlichen Standortbestimmung der Grünen:

„Wir stehen in grundsätzlicher Opposition zu einem System, das ökonomisch nur am Leben gehalten werden kann, wenn es unablässig Kapital anhäuft, das mit seinen industriellen Ballungen und Giften die Lebensadern tötet, das durch Besitz, Hierarchien und Technikanordnungen Denk- und Bewegungsabläufe der Menschen steuert, Menschen demütigt und in die Armut aussondert, das mit seinem weltweiten wirtschaftlichen Eroberungsfeldzug die entsprechend offensiven Militärstrategien benötigt und die Ländereien der Dritten Welt als eigene Vorgärten ausplündert bis zur restlosen Unfruchtbarkeit der Böden. Und wenn wir aus diesen Gesetzmäßigkeiten herauswollen, dann sind wir schlichtweg Systemveränderer.“

Seine unbedingte Absage an die SPD begründet Trampert unter anderem mit der Feststellung, daß „die SPD in keinem substantiellen Bereich etwas anderes will als die CDU“. Er ruft dazu auf, „die SPD auch als das (zu) bezeichnen, was sie ist, statt sie unverdientmaßen hochzuloben. Wir spielen so noch den Kronzeugen für ihren angebliechen ökologischen und friedenspolitischen Wandel. Ich spreche bewußt von der SPD, weil es sinnlos ist, sich an linke Sozialdemokraten zu klammern, die immer dann rechts abstimmen, wenn es die Parteiräson erfordert und im übrigen zeitlebens immer neue Strategien in der Postenverteilung entwerfen.“

Folglich kam eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht in Frage:

„Wir haben Regierungsbeziehungen abgelehnt, weil wir diesen Prozeß der aufgedrängten Anpassung nicht noch fördern wollten und weil wir meinen, daß unsere Ziele eine politische Gesamtverantwortung für die heutige staatliche Militär-, Industrie-, Dritte-Welt- und Weltmarkt-, Innen-, Atom- und Sozialpolitik nicht zulassen.“

Diese Beurteilung hat sich auch im Leitantrag des Bundesvorstandes niedergeschlagen, zu dem Trampert erklärte: „Wir nehmen eine Einschätzung der SPD vor, um die Grundorientierungen zu beurteilen, die bei uns zu dem Ergebnis führen, daß eine ge-

meinsame Regierung mit sozialdemokratischer Politik nicht geht. Wir haben in unserem Antrag keine konkrete Tolerierungstaktik entwickelt.“

Bericht der Fraktion

Deutlich andere Akzente setzt der Bericht der Fraktion, der schon in Umfang und Aufmachung erkennen läßt, daß die Fraktionsarbeit inzwischen ein Maß von Professionalität erreicht hat, um das der Parteivorstand trotz sprunghaft gestiegener Finanzmittel bisher vergeblich bemüht war.

Der Bericht bestätigt die These, daß die Fraktion zunehmend der Versuchung unterliegt, die parlamentarischen Möglichkeiten zur Etablierung als eigentliche Führung der grünen Bewegung einzusetzen. (In der Aussprache klang häufig Kritik an dieser Entwicklung an; da war die Rede von den medienbesessenen Fraktionsstars, die schon „abheben“ und sich möglicherweise gar „vom Parlament korrumpern“ ließen.)

Der Bericht feiert den Anteil der Fraktion „an der offensiven Schwächung des Regierungslagers“, dem eine „zerstörerische und lebensbedrohende Politik“ unterstellt wird. Ihre Hauptaufgabe sehen die grünen Abgeordneten darin, „durch eine konsequente Opposition“ unsere Verantwortung zu tragen, indem wir Grundsteine für eine andere Republik herausarbeiten:

- eine Republik mit gesundem Wald, frischer Luft, sauberem Wasser und dauerhaft fruchtbaren Böden;
- eine entmilitarisierte Republik, die sich nicht länger in die hochexplosive Blockkonfrontation einpaßt und sich auch innergesellschaftlich entmilitarisiert;
- eine Republik, die eine weitreichende Dezentralisierung und Demokratisierung des politischen Lebens anstrebt;
- eine Republik, in der Minderheiten eine Chance haben und in der Deutsche und Ausländer auf Dauer zusammen leben und arbeiten können;
- eine Republik, in der — gemessen am gesamtgesellschaftlichen Reichtum — Armut nicht mehr als Dauerperspektive der sozial Gebrandmarkten erscheint.

Wir versuchen unsere Verantwortung so zu übernehmen, daß wir die Menschen ermutigen, die eine solche andere Republik erkämpfen wollen. Und daß wir die Teilhabe an Maßnahmen ablehnen, die zerstörerisch für Menschen und Natur und das soziale Zusammenleben in dieser Gesellschaft sind.“

Im Unterschied zum Bundesvorstand setzt die Fraktion gewisse Hoffnungen auf das Durchsetzungsvermögen des „ökologischen Flügels“ in der SPD. Auch wenn die SPD kein „Hoffnungsträger für fortschrittliche soziale Strömungen“ mehr sei, hätten die Grünen im Bundestag „nicht ‚Fundamental‘-Opposition betrieben, sondern aufgrund unserer Programmatik konkrete Vorschläge gemacht, die dem Parlament und der Öffentlichkeit deutlich machten, in welch grundsätzlichem Gegensatz sich unsere Vorschläge zu den Möglichkeiten dieses Parlaments und dieser Gesellschaft im Hinblick auf konkrete Veränderungen befinden.“

Nicht wir sind ‚fundamental‘, sondern dieses Parlament und die darin vertretenen Parteien sind unfähig, Veränderungen zu bewirken, und seien unsere Vorschläge noch so ‚reformistisch‘.“

Damit ist das Stichwort gefallen: Die grünen Abgeordneten haben den möglichen Widerspruch von „parlamentarischer Geschäftigkeit“ und „außerparlamentarischer Bewegung“ durchaus erkannt; dennoch halten sie daran fest: „Ohne außerparlamentarische Bewegung wäre eine so kleine Parlamentsfraktion, wie wir sie sind, völlig kraftlos.“

Aus dem Berichtsteil „**Struktur und Organisation**“ ist neben der Angabe, daß die Fraktion „**welt über 100 Mitarbeiter und einen Jahresetat von mehr als sieben Millionen Mark**“ hat, besonders erwähnenswert, daß die **persönlichen Mitarbeiter der grünen Abgeordneten** inzwischen von der Fraktion „vergesellschaftet“ worden sind, daß sie „ebenso als Arbeitnehmer/innen des Betriebs Fraktion zu betrachten sind wie die Fraktionsangestellten“.

Finanzbericht

Der Finanzbericht der Bundespartei für die Jahre 1983 und 1984 bleibt in seinem Zahlenwerk ein Buch mit sieben Siegeln. Laut Auskunft des Schatzmeisters wurden 1983 für („geschätzt“) **22 000 bis 25 000 Mitglieder** Beiträge an die Bundespartei abgeführt. Die **Wahlkampfkosten** für die Bundestagswahl werden 1983 mit rund 725 000 Mark und für die Europawahl 1984 mit rund 642 000 Mark angegeben.

Die Bilanz per 30. November 1984 weist **Aktiva von über 17 Millionen Mark** aus, davon allein knapp 13 Millionen Mark „Termingeld“ (bei der Bank für Gemeinwirtschaft) und über 3,9 Millionen Mark Wertpapiere.

Auch in diesem Zusammenhang kann man die Warnung der Abgeordneten Christa Nickels vor dem „**augenzwinkernden Umgang mit Staatsknete**“ sehen.

„Grüne Perspektiven“

Was in den Rechenschaftsberichten bereits vorgezeichnet war, bestimmte dann die ganztägige Auseinandersetzung über die „grünen Perspektiven“. Hier standen sich die beiden Anträge von Mitgliedern des Bundesvorstands und der Fraktion gegenüber.

Vorstandsantrag

Dem „krisengeschüttelten kapitalistischen Industriesystem, das neue Armut bei uns und Massenelend in der Dritten Welt schafft“, setzen die Antragsteller „einige **Schwerpunkte grüner Politik**“ entgegen:

- Einseitige Abrüstung und Blockfreiheit; „wir wollen weder atomare noch konventionelle Verteidigung“.

- „Abrüstung giftiger Industrieabgase und Produktionspalettten“; das trifft besonders die Atomindustrie, Großchemie, Pharma-Industrie, Schwermetallurgie.
- „Abschied vom Auto als Massenverkehrsmittel“; das gilt analog auch für den Flugverkehr.
- Unverzügliche Einstellung der Versorgung mit Atomstrom und „Ausstieg aus der Verfeuerung von Braunkohle“.
- „Deutliche Anhebung der Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und unteren Rentensätze auf ein menschenwürdiges Niveau.“
- Streichung des § 218 StGB.

Zur Bündnisfrage stellt der Antrag fest, daß die SPD sich faktisch in einer großen Koalition mit der Union befindet und deshalb „eine Regierungsbeteiligung und -mitverantwortung selbstzerörerisch für die Grünen wäre. Aus heutiger Sicht ist unter diesen Umständen auch eine Tolerierung schwer vorstellbar“.

Deshalb ziehen die Antragsteller den Schluß, „daß es unser Auftrag ist, den Weg der grundsätzlichen Systemopposition, zu dem wir mit unserer Gründung angetreten waren, fortzusetzen und auszubauen. Die Öffentlichkeit und unsere Wähler, von denen wir wissen, daß sich viele eine rot-grüne Zusammenarbeit vorstellen können, mögen selbst prüfen, ob die Grundlagen dafür vorhanden sind, wenn die Ziele so auseinanderführen.“

Wo die Wunschpartner zu finden sind, steht im letzten Absatz des Antrags: „Inzwischen muß der Schwerpunkt der grünen Partei wieder viel mehr auf die Verbindung mit den außerparlamentarischen Kräften gelegt werden. So wie es aussieht, brauchen DIE GRÜNEN selbst dringend einen neuen Schub aus den sozialen Bewegungen des Widerstands und der Alternative zu dem ganzen bestehenden System.“

Gegenantrag von Bundestagsabgeordneten

In ihrem erst in Hamburg vorgelegten Gegenantrag haben mehrere Bundestagsabgeordnete (Ehmke, Fischer, Kleinert, Schily, Frau Schoppe u. a.) sowie weitere Delegierte den Vorstandsantrag als „Verbots- und Unterlassungskatalog“ bezeichnet, der „praktische Politik ... kaum noch zulassen würde“. Sie forderten eine pragmatische Handhabung von Koalitionsentscheidungen, die „allein in der Autonomie der betroffenen Landes- und Kreisverbände“ liegen müßten und auf Bundesebene erst im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 getroffen werden dürften.

Dieser pragmatische Ansatz sollte aber nicht verdecken, daß in den politischen Zielen beide Anträge bemerkenswerte Übereinstimmungen aufweisen. So geißeln die Abgeordneten zwar „scheinradikale Forderungen“ des Vorstands wie die nach dem einseitigen Abzug der amerikanischen Bodentruppen, doch verlangen sie gleichzeitig „einseitige“, wenngleich „wohlüberlegte“ Abrüstungsschritte wie die „sofortige und einseitige Rücknahme der amerikanischen Mittelstreckenraketen“, atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa und die „schließliche Auflösung der beiden militärischen Paktsysteme“.

Im Zusammenhang mit dem angeblichen „Sozialabbau“, der ohne parlamentarische Mehrheiten „nicht aufzuhalten“ sei, spricht der Antrag von einem „rot-grünen Bündnis“ als Hoffnungsträger“ für alle, „die von der sozialen Ausgrenzung bedroht sind“.

Aus diesen und ähnlichen Überlegungen bekennen sich die Antragsteller „ausdrücklich zu einer Politik der ökologischen Reform“ und lehnen die sogenannte Systemopposition als „Rückfall in die überkommenen Sektenpositionen der siebziger Jahre“ ab:

„In realistischer Einschätzung unserer Stärke als Partei und der gleichzeitigen Notwendigkeit der von uns vorgeschlagenen Politik werden wir noch lange Zeit ohne parlamentarische Bündnisse nicht mehrheitsfähig werden. Die Alternative dazu ist ein oppositionelles Ghetto mit all seinen Aussiegs- und Verweigerungswillusionen, welches am realen Verlauf von Umweltkrise und Wettrüsten wenig ändern wird... Wir halten an unserer grundsätzlichen Bereitschaft zu parlamentarischen Bündnissen mit anderen Parteien fest. Dies kann unter den gegebenen Umständen und auf absehbare Zeit nur mit der SPD gehen — wenn überhaupt.“

Bahros „Aufruf zur Volkserhebung“

Es wirft zumindest ein bezeichnendes Licht auf die alte Parteiführung, daß sie Rudolf Bahro Gelegenheit gegeben hat, die Grundsatzdiskussion über die beiden Anträge mit einem umfangreichen Referat einzuleiten. Bahros teilweise wirre Gesellschaftsanalyse gipfelte in der Aufforderung: „**Hinaus aus dem System!**“ Es gelte, das „Imperium“ des „Weißen Mannes“ zu „liquidieren, so wie man ein bankrottes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten“. („Die Bewegung kommt erst!“)

Hatte Bahro mit seinen Thesen von Fall zu Fall Zustimmung und Beifall geerntet, so löste er mit seiner abschließenden Bemerkung über das „**Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus**“ zunächst Widerspruch, dann tumultartige Szenen am Rande des Parteitags und schließlich nach abendlicher Sonderaussprache eine **formelle Mißbilligung durch die Delegierten** aus. Bahro sagte — und hat das auch mit seiner nachgereichten persönlichen Erklärung nicht zurückgenommen:

„Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei.“

Diskussion und Beschußfassung

In der Diskussion tauchten erwartungsgemäß keine neuen Argumente mehr auf, doch um so heftiger prallten die unterschiedlichen strategischen Ansätze aufeinander. Schien zunächst eine Mehrheit für die radikalen „Fundamentalisten“ um Rainer Trampert absehbar, so machte mit zunehmender Dauer die Gruppe um die versierten Debatten-Profis aus der Fraktion Boden gut. Da fielen Äußerungen wie: „**Fundamentalismus ist Aufruf zum Volksaufstand!**“ Oder: „Manche denken, Regierung sei das real Böse!“ Der Antrag des Bundesvorstandes sei „unsinnig, zentralistisch, ungrün“; es gelte zu „verhindern, daß die Wähler, die noch nicht das Ebermannsche Klassenbe-

wußtsein haben, einem Lafontaine hinterherlaufen“ (Fischer). Natürlich sei man auch für Systemveränderung, doch gebe es eben Unterschiede in der Methode. Die Reformisten („Realos“) wollten auf jeden Fall die „Einheit von Bewegung und Parlamentarismus“ bewahren (J. Müller).

Bevor die Kontroverse zwischen Parteiführung und Fraktion jedoch durch Abstimmung entschieden werden konnte, übernahm ein knapper Antrag aus dem Kreisverband Cuxhaven die Mittlerrolle. Zugunsten dieses Antrages verzichtete die Gruppe um die Bundestagsabgeordneten auf ihren eigenen Antrag und erreichte so eine Abstimmungsmehrheit von 342 zu 264 gegen den Antrag des Vorstandes.

Anschließend wurde dann allerdings aus dem gerade gebilligten Text durch Änderungsantrag (mit 363 zu 252 angenommen) die entscheidende Ziffer wieder herausgestrichen, in der es geheißen hatte, daß sich die Grünen „der Regierungsverantwortung nicht entziehen“ würden, falls eine „etablierte“ Partei bereit sei, „endlich und tatsächlich umzuschalten“.

So lautet der Beschuß in seiner „endgültigen“ Form wie folgt:

1. Die verschiedenen Papiere zur gegenwärtigen politischen Situation sind eine Bereicherung für die Diskussion über die zukünftige Haltung der Grünen gegenüber den etablierten Parteien.
2. Aufgrund der jetzigen inhaltlichen Position der SPD und der anderen Parteien sehen die Grünen zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder einer anderen Art von Regierungsunterstützung auf Bundesebene.
3. Die Entscheidung über eine mögliche Zusammenarbeit anderer Parteien liegt allein bei den betroffenen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden.
4. Für die Bundesebene besteht gegenwärtig kein Entscheidungsbedarf. Eine Entscheidung muß im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen stattfinden und Ausdruck der gemachten Erfahrungen und eines basisdemokratischen Diskussionsprozesses entlang politischer Inhalte sein.

Dieser Beschuß hat natürlich nichts entschieden. Die Diskussion zwischen den radikalen „Fundamentalisten“ und den anpassungsbereiten „Reformisten“ um den Kurs wird die Grünen auch die nächsten beiden Jahre begleiten. Die Grünen bleiben, was sie auch bisher schon waren: unberechenbar und ohne erkennbare parlamentarische Verantwortungsbereitschaft. Der Hamburger Beschuß ist ein typischer Formelkompromiß, der die tiefen Risse in der grünen Bewegung oberflächlich verkleistert, ohne neuen Handlungsspielraum für die Verwirklichung „grüner Perspektiven“ zu eröffnen.

Sonstige Beschlüsse

Da der Parteitag am Sonnagnachmittag im Sande verlaufen ist, ohne daß die zahlreichen Sachanträge inhaltlich behandelt werden konnten, bleiben nur einige Beschlüsse erwähnenswert, die fast alle an den beiden ersten Tagen gefaßt worden waren:

– Durch Satzungsänderung wurde der „Berliner AL“ zunächst für die Dauer von

zwei Jahren die **Mitarbeit in den Bundesgremien der Grünen ermöglicht**. Die endgültige Entscheidung über einen möglichen Zusammenschluß soll erst danach fallen.

- Eine Solidaritätsbekundung mit den streikenden englischen Bergarbeitern.
- Die vorläufige Zurückhaltung der Mittel aus der erhöhten Wahlkampfkostenpauschale für die Europawahl 1984, die ursprünglich an den „Internationalen Solidaritätsfonds“ ausgezahlt werden sollte. Begründung durch den Rechnungsprüfer: Es sei zur Zeit noch völlig offen, ob die Verwendung tatsächlich in Übereinstimmung mit dem Parteienfinanzierungsgesetz stände.
- Die Bundestagsfraktion erhält aus den „Solidaritätsbeiträgen“ der Abgeordneten einen „Feuerwehrfonds“ in Höhe von zwei Prozent, um „schnell, flexibel und unbürokratisch“ helfen zu können — beispielsweise jenen jugendlichen Hausbesetzern, „die als Gäste der Fraktion an der Jugendfragestunde 1983 teilnahmen und aufgrund ihrer eigenen Interpretation dieser Veranstaltung Geldstrafen von rund 30 000 DM erhielten, wahrscheinlich Freiheitsstrafen antreten müssen, da die Fraktion nicht in der Lage ist, sie finanziell zu unterstützen“.

Wahlen

Die elf Mitglieder des Bundesvorstandes werden für zwei Jahre gewählt. Die satzungsmäßige „Rotation“ verlangt jedoch, daß die Hälfte der Vorstandsmitglieder jedes Jahr neu zu wählen ist. In Hamburg waren insgesamt sechs Posten neu zu besetzen.

In den dreiköpfigen geschäftsführenden Bundesvorstand wurde im ersten Wahlgang bei 623 gültigen Stimmen mit der erforderlichen Mehrheit von 344 Stimmen **Jutta Ditfurth** (Frankfurt) gewählt. Frau Ditfurth ist den „Fundamentalisten“ zuzurechnen; sie hat nach eigenem Bekunden dem Vorstandsantrag zugestimmt.

Erst im zweiten Wahlgang wurde **Rainer Trampert** mit 368 Stimmen wiedergewählt, nachdem er im ersten Wahlgang mit 300 Stimmen die erforderliche Mehrheit noch verfehlt hatte. Ebenfalls im zweiten Wahlgang wurde der frühere Bundesgeschäftsführer **Lukas Beckmann** mit 332 Stimmen gewählt (1. Wahlgang 218 Stimmen). Beckmann will sich besonders der „Friedenspolitik“ widmen.

Zur neuen Schriftführerin wurde **Margareta Wolf** aus Baden-Württemberg gewählt (343 Stimmen).

Neue Beisitzer wurden **Regina Michalik** aus Bonn mit 291 Stimmen und **Norbert Kostede** aus Bielefeld mit 137 Stimmen. (Hier genügte die relative Mehrheit.) Frau Michalik hatte sich früher im „Sozialistischen Büro“ und in der „Autonomen Frauenbewegung“ engagiert; auch Norbert Kostede hatte nach eigenen Angaben in den siebziger Jahren aktiv im „Sozialistischen Büro“ mitgearbeitet.